

**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Es informiert Sie
Telefon (0202)
Fax (0202)
E-Mail

Norbert Korte
563 25 41
Norbert.Korte@stadt.wuppertal.de

Datum

25.07.12

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am Dienstag, dem 07.03.00

Anwesend unter dem Vorsitz von Herrn Stv. Kühme waren

die stimmberechtigten Mitglieder

von der CDU

Herr Stv. Ellinghaus
Herr Gerlach
Herr Stv. Geisendörfer

von der SPD

Herr Michaelis
Herr Stv. Mucke
Herr Stv. Ramette

von der F.D.P.

Frau Panetta-Jung

vom Caritasverband

Herr Arens

von der Diakonie Elberfeld

Herr Pfr. Blind

von der Arbeiterwohlfahrt

Frau Dudda-Dillbohner

vom Jugendring

Herr Schmalenbeck
Herr Schwarz

die beratenden Mitglieder

Frau Bill (Frakt. Bündnis 90/ Die Grünen)

Frau Reichert (Schulen)
Frau Richling (sachkundige Bürgerin)
Frau Sauter-Glücklich (Jugendgericht)
Frau Wendt (sachkundige Bürgerin)
Herr Fliege (DRK)
Herr Keip (Kath. Kirche)
Herr Künstler (DPWV)
Herr Kumpf (Evang. Kirche)
Herr Peksert (Ausländerbeirat)
Herr Lenz (R. Jugendamt & Soz. Dienste)

Vertreter/innen des Bezirksjugendräte

Jessica Naumann
Gerrit Petrowski

von der Verwaltung

Frau Krentz (R. 201.0)
Frau Schultes (Projekt Ostersbaum)
Herr Weidenbruch (SB 202)
Herr Mast-Weisz (SB 208)
Herr Krieg (SB 208)
Herr Stein (Ausländerbeauftragter)

von der Presse

Sitzungsort: CVJM-Heim Oberbarmen
Sonntagstr. 24

Sitzungsbeginn: 16.05 Uhr

Sitzungsende: 18.00 Uhr

Schriftführer: Herr Korte

Besucher: 18

Korrektur zur Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18.01.00

Als beratendes Mitglied war Frau Richling und nicht Herr Richling anwesend. Als Vertreterin der Verwaltung nahm Frau Weidenbruch und nicht Herr Weidenbruch an der Sitzung teil.

I. Öffentlicher Teil

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es besteht Einvernehmen, dem Vorschlag von **Herrn Mucke** zu folgen und über den Haushaltsplan-Entwurf und den Jahresbericht des Geschäftsbereiches erst in der kommenden Sitzung zu beraten

Herr Gerlach spricht sich für eine vorherige interfraktionelle Abstimmung über die Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes aus.

Soweit den Bezirksjugendräten **Jessica Neumann** und **Gerrit Petrowski** das Wort erteilt wird, gilt die Sitzung als unterbrochen.

1.

Vorstellung der Einrichtung

Frau Richling, die Vorsitzende des CVJM Oberbarmen stellt das Heim ihres Vereins in der Sonntagstraße vor. CVJM stehe schon lange nicht mehr für Christlicher Verein Junger Männer, sondern allgemein für junge Menschen. Die Gruppenarbeit sei gegenüber der offenen Jugendarbeit in den letzten Jahren mehr und mehr in den Hintergrund getreten.

Zur Realschule im Schulzentrum Ost, zum Carl-Duisberg-Gymnasium und zu den Kaufmännischen Schulen unterhalte man gute Kontakte. Für Grundschulkinder werde in der Sonntagstr. von 11 - 15.00 Uhr eine Übermittag-Betreuung angeboten. Besonderen Wert lege der Verein auf die Mädchenförderung. Man beteilige sich auch an Aktionen im Stadtteil. Im August solle ein Internet-Café eingerichtet werden. Im Moment bereite die Finanzierung aber noch Probleme.

Die Arbeit in der Sonntagstraße werde von 6 hauptamtlichen Kräften (2 Vollzeit- u. 4 Teilzeit-Stellen), 3 Zivildienstleistenden sowie Honorarkräften und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geleistet.

Der CVJM Oberbarmen verfüge über einen Etat von rd. 500.000 DM und sei nicht von den Kirchen abhängig.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Richling für die Einladung und würdigt die Arbeit des CVJM Oberbarmen, die ihm aus eigener Anschauung bekannt ist.

2.

Anliegen der Bezirksjugendräte

Bezirksjugendrat **Gerrit Petrowski** trägt drei Punkte vor. Er hält es für notwendig, das Wahlverfahren für die Neuwahl der Bezirksjugendräte noch vor den Sommerferien vorzustellen, damit die Wahl diesmal besser vorbereitet werden kann.

Die Fahrt mit Bussen und Bahnen ist nach Auffassung von Gerrit für Jugendliche zu teuer. Im Übrigen reicht ihm das Angebot insbesondere in und zu den Außenbezirken nicht aus.

Er bittet, seiner Kollegin und ihm auch die Niederschriften über die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses zukommen zu lassen.

Dem **Vorsitzenden** ist bekannt, dass es im Rhein-Sieg-Kreis für Jugendliche ein Young-Ticket zum Preise von 14,50 DM gibt. Er bittet die Verwaltung, sich bei den Stadtwerken hinsichtlich der Möglichkeiten für die Einführung eines ähnlichen Angebotes in Wuppertal einzusetzen.

3.

Vorstellung des Kooperationsprojektes des KK Vorbeugung, des Kinderschutzbundes und des Ressorts Jugendamt & Soziale Dienste zum Thema sexueller Missbrauch von Mädchen und Jungen – Theaterpädagogische Werkstatt Osnabrück

Frau Künstler, Fachreferentin für Sozialarbeit und Pädagogik im Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe, stellt das gemeinsame Präventionsprojekt gegen sexuellen Missbrauch vor. Sie zeigt sich erfreut über die positive Resonanz. In Kürze werde eine Broschüre für Mädchen und Jungen mit Hilfeangeboten bei sexueller Gewalterfahrung herausgegeben.

Wünschenswert sei eine verstärkte Fortbildungsmöglichkeit für interessierte Lehrerinnen und Lehrer. Die Lehrkräfte würden zwar vom Unterricht freigestellt; es stehe aber nicht genügend Geld für die Fortbildung zur Verfügung.

Frau Künstler lädt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ein, sich das von der Theaterpädagogischen Werkstatt Osnabrück für Grundschulkinder der dritten und vierten Klassen konzipierte Theaterstück am Dienstag, den 6. Juni, 16.00 Uhr, selbst anzusehen.

Über nähere Einzelheiten des Kooperationsprojektes informiert die als Anlage beigefügte Drs.-Nr. 6031/00.

Der **Vorsitzende** hält den hier gewählten pädagogischen Ansatz für sehr sinnvoll.

Frau Reichert bestätigt aus Sicht der Ronsdorfer Schulen die von Frau Künstler gezogene positive Bilanz. Die Verpflichtung zur Aufnahme des Projektes in das Schulprogramm sei für die Schulen jedoch nicht ganz unproblematisch und auch die Finanzierung stelle die Schulen vor einige Probleme.

Herr Gerlach zeigt sich erfreut über die bisherige gute Resonanz.

Frau Bill weist im Hinblick auf die Finanzierungsproblematik auf die für Schulkultur zur Verfügung stehenden Mittel hin.

Nach Ansicht des **Vorsitzenden** reichen diese Mittel für eine Mitfinanzierung des Präventionsprojektes nicht aus.

Herr Lenz teilt mit, dass für diesen Zweck im Unterabschnitt 4550 des Haushaltsplan-Entwurfes 2000/2001 für beide Haushaltsjahre jeweils 20.000 DM veranschlagt worden sind. Diese Mittel könnten aber erst nach Verabschiedung des Haushaltsplanes durch den Rates der Stadt in Anspruch genommen werden.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Kinderfreundlichkeit in Wuppertal

Drs.-Nr. 1020/00

Der **Vorsitzende** vertritt die Auffassung, dass es bei der bisherigen Beschlusslage nicht bleiben kann.

Auch **Herr Mucke** zeigt sich mit dem gegenwärtigen Verfahren zur Kinderfreundlichkeitsprüfung unzufrieden. Der Ausschuss Natur, Raum, Bau habe sich immer vor einer ernsthaften Diskussion gedrückt. Seine Fraktion unterstütze deshalb den vorliegenden Antrag. Sie werde das Thema Kinderfreundlichkeit auch in anderen Fachbereichen ansprechen.

Frau Bill erinnert an den Antrag ihrer Fraktion zur Kinderfreundlichkeitsprüfung aus dem Jahre 1995. Damals habe sich ihre Fraktion für die Berufung eines Kinderbeauftragten und Einrichtung eines Kinderbüros eingesetzt. Mehrheitlich sei der Ausschuss jedoch der Auffassung gewesen, alle Teile der Verwaltung in die Kinderfreundlichkeitsprüfung mit einzubeziehen.

Der Jugendhilfeausschuss stehe weiterhin in der Verantwortung. Mit der Beschlussempfehlung des Jahres 1997 (Drs.-Nr. 3167/99) habe man den anderen beteiligten Ausschüssen eine „Steilvorlage“ für weitgehend unverbindliche Prüfvorgaben gegeben. Der Stadtbetrieb Jugend & Freizeit unternehme zwar einiges, um den Belangen der Kinder und Jugendlichen Geltung zu verschaffen. Letztlich hänge aber alles vom Engagement Einzelner ab. Der Ausschuss komme nicht daran vorbei, sich noch einmal mit dem damals von der Verwaltung vorgelegten Maßnahmenkatalog zu befassen, auch wenn dieser durchaus Schwachpunkte aufweise.

Man höre in letzter Zeit häufiger, dass neue Flächen für die Eigenheimbebauung ausgewiesen werden müssten, damit junge Familien in Wuppertal blieben und nicht ins Umland abwanderten. Ein eigenes Haus stelle aber sicherlich nicht das einzige Kriterium für die Lebensqualität junger Familien in Wuppertal dar.

Herr Gerlach betont, dass einige Vorschläge des seinerzeit von der Verwaltung vorgelegten Maßnahmenkataloges zu massiven Eingriffen geführt hätten und deshalb von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden konnten. Den einzelnen Themenblöcken habe man aber zugestimmt. Der jetzt vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen werde von seiner Fraktion ohne Einschränkungen unterstützt.

Nach Auffassung von **Herrn Schmalenbeck** behandelt die Verwaltung Aufträge der parlamentarischen Gremien mit einer gewissen Unverbindlichkeit. Er schlägt deshalb vor, eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel zu bilden, verbindliche Maßnahmen auszuarbeiten.

Herr Geisendörfer räumt den Interessen und Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen absolute Priorität ein. Er kritisiert, dass es bisher nur wenige Fortschritte gibt und appelliert an die Presse, sich verstärkt mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Herr Mast-Weisz sieht den Jugendhilfeausschuss nicht als das richtige Gremium für die Vorbereitung des Antrages an. Der Antrag müsse vielmehr in den anderen betroffenen Ausschüssen behandelt werden. Hier im Jugendhilfeausschuss sei man sich ja einig. Im Übrigen habe die Verwaltung seinerzeit keinen Maßnahmenkatalog, sondern Kriterien für die Kinderfreundlichkeitsprüfung - insbesondere für den Verkehr - vorgeschlagen

Nach Meinung der Bezirksjugendrätin **Jessica Naumann** wird viel geredet, aber nur wenig in die Tat umgesetzt. Es sei auch nicht richtig, dem Stadtbetrieb Jugend & Freizeit die Schuld zuzuschieben.

Herr Schmalenbeck erinnert an die in der letzten Sitzung geführte Diskussion über jetzt notwendig werdende Deeskalationsmaßnahmen in einer Barmer Neubausiedlung. Er schlägt vor, auf dem geschlossenen Bolzplatz demonstrativ ein Fußballspiel auszutragen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, gemäß Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu beschließen.

Einstimmigkeit bei einer Stimmenthaltung

5.

Erwerb des Gebäudes des Kirchenkreises Elberfeld am Platz der Republik für eine Nutzung durch das Nachbarschaftsheim e.V.

Drs.-Nr. 6020/00

Der **Vorsitzende, Herr Mucke** und **Herr Gerlach** unterstützen das Projekt einhellig.

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

1. Die Stadt Wuppertal erwirbt - vorbehaltlich der anteiligen Finanzierung aus Städtebauförderungsmitteln des Landes NRW - das Gebäude des Kirchenkreises Elberfeld am Platz der Republik 24/26.
2. Die Gesamtkosten für den Erwerb sowie den Umbau des Gebäudes Platz der Republik 24/26 werden auf 2,9 Mio. DM begrenzt. Hiervon werden 2,12 Mio. DM aus Städtebauförderungsmitteln refinanziert.
3. Das zu erwerbende Gebäude wird dem Nachbarschaftsheim e.V. für die dortige Ansiedlung der bisher in anderen Räumlichkeiten am Platz der Republik untergebrachten Fachbereiche zur Verfügung gestellt.
4. Die Nutzung des Gebäudes Platz der Republik 24/26 wird zwischen Stadtverwaltung und Nachbarschaftsheim e.V. notariell geregelt.
5. Die Gebäude Platz der Republik 9/11 werden nach Abzug abgerissen; die Fläche wird in die vorhandene Spiel- und Erholungsfläche integriert.
6. Der Abriss des Gebäudes Platz der Republik 9/11 wird mit 100.000 DM veranschlagt bei einer kalkulierten Förderung aus Städtebauförderungsmitteln in Höhe von 80.000 DM.
7. Umbau- und Abrissarbeiten sollen so weit wie möglich im Rahmen von Maßnahmen der Beschäftigungsförderung realisiert werden.
8. Die Verwaltung wird ermächtigt, bereits während der Übergangswirtschaft die Maßnahmen 1 - 4 des Beschlussvorschlages nach Beschlussfassung durch den Rat durchzuführen.

Einstimmigkeit

6.

Grundüberholung und Neugestaltung der Kinderspielplätze

Drs.-Nr. 6022/00

Herr Mucke bittet die Verwaltung, das Patenschaftskonzept für die Kinderspielplätze möglichst schnell vorzulegen.

Frau Richling betont, dass die Initiative zur Neugestaltung des Spielplatzes Rosenau/Stennert von den Kindern ausgegangen ist, die auch hier in die Einrichtung kommen. Ihre Einrichtung habe die Bemühungen der Kinder unterstützt.

Herr Krieg teilt mit, dass die Kinder im kommenden Monat im Rahmen eines Beteiligungsprojektes ihre Vorstellungen für eine Neugestaltung des Spielplatzes einbringen können. Er bedauert, dass die im Haushaltsplan-Entwurf 2000/2001 für die Grundüberholung und Neuanlage von Kinderspielplätzen veranschlagten Haushaltsmittel gegenüber 1999 um jeweils 100.000 DM auf 1,5 Mio. DM gekürzt worden sind.

Herr Krieg antwortet auch auf eine Frage von **Frau Panetta-Jung** zum Spielplatz Marienstraße. Die niedrige Priorität hänge mit dem Umbau des angrenzenden städtischen Gebäudes zu einer Tageseinrichtung für Kinder zusammen. Man wolle den Spielplatz und das Außengelände der Tageseinrichtung in einem Arbeitsgang herrichten, weil sich eine Beschädigung des Spielplatzes während der Bauarbeiten für die Tageseinrichtung nicht vermeiden lasse. Im Übrigen liege in der Nähe aber auch der Spielplatz Brunnenstraße, der bereits zu einem früheren Zeitpunkt grundüberholt werde. Durch kleinere - nicht in der Liste aufgeführte - Instandsetzungsmaßnahmen auf Spielplätzen in der Nachbarschaft erhöhe der Spielwert dieses Teils der Nordstadt noch zusätzlich.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Auflistung die Kinderspielplätze in den Jahren 2000/2001 neu anzulegen oder grundzuüberholen.

Die Einzelmaßnahmen werden mit der Festlegung des Gestaltungsentwurfes und des Kostenrahmens als Durchführungsbeschluss in den zuständigen Bezirksvertretungen beschlossen.

Einstimmigkeit

7.

Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zur Rückzahlung von Rücklagen aller Kindertageseinrichtungen freier Träger in Wuppertal **Drs.-Nr. 6030/00**

Herr Künstler erläutert den Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, auf die Rückzahlung der angesammelten Rücklagen zu verzichten. Die freien Träger dürften schließlich nicht frei über die Verwendung der Gelder entscheiden. Die zweckentsprechende Verwendung sei vorgeschrieben. Seit der Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) zum 01.01.99 scheuten sich die Träger aus Angst vor einer Rückzahlungsverpflichtung, bereits längerfristig geplante Projekte zu realisieren. Wuppertal sei wohl zwischenzeitlich die einzige Stadt, die noch auf eine Rückzahlung bestehen wolle. Handwerkliche Fehler bei der Novellierung des GTK und der Betriebskostenverordnung (BKVO) sollten nicht erst in einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht geklärt werden. Die Träger könnten nicht solange warten. Eine schnelle Entscheidung sei deshalb wünschenswert.

Der **Vorsitzende** sieht sich außerstande, den Antrag der Arbeitsgemeinschaft zu kommentieren, bevor ihm nicht die finanzielle Größenordnung und die damit verbundenen existenziellen Auswirkungen auf die freien Träger bekannt sind.

Herr Mucke beantragt, die Verwaltung aufzufordern, zum Antrag der Arbeitsgemeinschaft bis zur nächsten Sitzung Stellung zu nehmen.

Auch **Frau Weidenbruch** bedauert die unklare Gesetzesformulierung. Sie sagt zu, dem Ausschuss bis zur nächsten Sitzung eine neue Vorlage auszuarbeiten. Der Antrag habe erhebliche Auswirkungen auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen. Es gehe nicht nur um 1,4 Mio. DM für die freien Träger mit Einrichtungen in angemieteten Räumen, sondern in etwa um den vierfachen Betrag, wenn alle Träger gleich behandelt werden sollten.

Nach Auffassung von **Herrn Gerlach** sind die Gesetzesänderungen mit einer zu „heißen Nadel gestrickt“ worden. Ein Gesetz könne man aber nicht einfach vom Tisch fegen.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung zum Antrag der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Stellung zu nehmen.

Einstimmigkeit

8.

Umwandlung von Gruppen in städt. Tageseinrichtungen für Kinder

Drs.-Nr. 6026/00

Herr Schwarz hat den Eindruck, dass insbesondere Hortplätze sehr stark nachgefragt werden.

Frau Weidenbruch betont, dass nicht ein Hortplatz verloren geht. Mit der Umwandlung in große altersgemischte Gruppen werde aber eine größere Flexibilität bei der Belegung erreicht. Die Schaffung zusätzlicher Hortplätze sei trotz großer Nachfrage wegen fehlender Landesmittel zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Frau Weidenbruch antwortet auch auf eine Frage von **Frau Panetta-Jung**. Durch den Einsatz einer Kinderpflegerin fielen die Personalkosten für eine große altersgemischte Gruppe gegenüber einer Hortgruppe günstiger aus. Dieser Aspekt habe aber bei den Überlegungen für eine Umwandlung keine Rolle gespielt.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass sich der Ausschuss mit der Problematik Hortplätze in einer der nächsten Sitzungen noch einmal ausführlich befasst. Offensichtlich wünschten die Eltern immer mehr differenzierte Angebote.

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Die Umwandlung von

1. zwei Kindergarten-Tagesstättengruppen in Kindergartengruppen,
2. zwei Kindergarten-Tagesstättengruppen in große altersgemischte Gruppen,
3. zwei Hortgruppen in große altersgemischte Gruppen,

ab 01.01./01.01.08.00 wird gemäß Anlage vorbehaltlich der Genehmigung des Landschaftsverbandes Rheinland - Landesjugendamt - zugestimmt.

Einstimmigkeit bei zwei Stimmenthaltungen

9.

Ergebnisse des Controllings der freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Drs.-Nr. 6028/00

- Sachstandsbericht und Verfahren für das weitere Vorgehen -

Nach Auffassung des **Vorsitzenden** steckt in der Verwaltungsvorlage viel „Sprengstoff“. Er schlägt deshalb vor, über den Sachstandsbericht auch noch einmal gesondert in den einzelnen Fraktionen zu beraten.

Herr Gerlach möchte wissen, was sich hinter der Aussage „Die Nichtabgabe der Berichte ist förderungsschädlich.“ konkret verbirgt.

Herr Mast-Weisz betont, dass nicht die Absicht besteht, die Existenz der Einrichtungen säumiger Träger zu gefährden. Unbefriedigende Quantität und fehlende Berichte müssten aber zu Konsequenzen führen. Man werde mit den betroffenen Trägern über die Gründe im Einzelnen sprechen und Kürzungen erst nach Verhandlungen vornehmen.

Herr Gerlach spricht sich dagegen aus, dass die geplante Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Förderrichtlinien vorrangig die Umsetzung von Qualitätsstandards in den Bereichen Mädchenarbeit und interkulturelle Förderung verfolgt.

Herr Mast-Weisz möchte es bei den skizzierten Aufgabenschwerpunkten belassen.

Herr Blind vermutet als Grund für die steigende Zahl nicht abgegebener Berichte ein zuviel an bürokratischem Aufwand.

Herr Mast-Weisz glaubt nicht, dass der Aufwand für das Berichtswesen unangemessen hoch ist. Man habe versucht, die Fragebögen so einfach wie möglich zu gestalten. Im Übrigen stelle das Landesjugendamt ähnliche Anforderungen.

Frau Bill hält es für sehr wichtig, die festgelegten Qualitätsstandards auch tatsächlich umzusetzen. Man müsse die einzelnen Trägern im Bedarfsfalle aber unterstützen.

Frau Richling unterstützt die Vorstellungen von Herrn Mast-Weisz und weist auf die umfassenden Informationsgespräche mit den Einrichtungen zum Berichtswesen hin. Sie geht davon aus, dass einige Träger das Ausfüllen der Fragebögen zwischenzeitlich nicht mehr als wichtig ansehen. Die jetzt einzusetzende zweite Arbeitsgruppe solle prüfen, ob die geforderten Standards auch tatsächlich in der Realität erreicht würden.

Herr Mucke bekräftigt für seine Fraktion, an dem bisherigen Verfahren festhalten zu wollen. Er schlägt vor, den Bericht und den Verfahrensvorschlag für das weitere Vorgehen zur Qualitätsentwicklung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Der **Vorsitzende** unterbricht auf Antrag von **Herrn Schmalenbeck** und im Einvernehmen mit den übrigen Ausschussmitgliedern die Sitzung, um Herrn Regnieri von der OT-Einrichtung Marienstraße die Gelegenheit zu einer Stellungnahme zu geben.

Beginn der Sitzungsunterbrechung: 17.45 Uhr

Herr Regnieri sieht den Arbeitsaufwand für das Berichtswesen als nicht zu hoch an.

Ende der Sitzungsunterbrechung: 17.46 Uhr

Herr Mast-Weisz antwortet auf eine Frage von **Herrn Schwarz**. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen würden die Zuschüsse für die Einrichtungen des Deutschen Roten Kreuzes, des Nachbarschaftsheimes und der Arbeiterwohlfahrt gezahlt. Die Jugendfarm erhalte ihren Zuschuss aus einer eigenen - im Unterabschnitt 4600 - geführten Haushaltsstelle.

Herr Gerlach betont, dass es ihm darum geht, die Aufgaben der Arbeitsgruppe nicht zu sehr einzugrenzen und nur auf zwei Punkte zu konzentrieren.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Sachstandsbericht und den Verfahrensvorschlag für das weitere Vorgehen zur Qualitätsentwicklung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit zustimmend zur Kenntnis.

Einstimmigkeit

10.

Genehmigung zur Unterschreitung der Regelöffnungszeit der Tageseinrichtung für Kinder „Spatz e.V.“, Elias-Eller-Str. 5 **Drs.-Nr. 6021/00**

Frau Weidenbruch antwortet auf eine Frage von **Frau Panetta-Jung**. Die vorgeschriebene Gesamtöffnungszeit von 35 Stunden in Woche werde durch die beantragte Schließung am Freitagnachmittag nicht unterschritten.

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Die Unterschreitung der Regelöffnungszeit der Tageseinrichtung für Kinder Elias-Eller-Straße wird genehmigt.

Für die Tageseinrichtung für Kinder Elias-Eller-Straße wird der Betriebskostenzuschuss nicht anteilig gekürzt.

Einstimmigkeit

11.

Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2000/2001 und Anträge der freien Träger aus dem Bereich Jugendhilfe **Drs.-Nr. 6023/00**

Der **Vorsitzende** empfiehlt, bis zur Beratung des Haushaltsplan-Entwurfes in der nächsten Sitzung das Gespräch miteinander mit dem Ziel zu suchen, Schwerpunkte zu setzen.

12.

Berichte und Mitteilungen

12.1 Erfahrungsbericht zum reformierten Kindschaftsrecht **Drs.-Nr. 6027/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Einstimmigkeit

12.2 Vorbericht Stellenplan 2000/2001 für die Geschäftsbereiche Soziales & Kultur **Drs.-Nr. 5404/00**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Die Drucksache wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Hauptausschuss und Rat wird empfohlen, den Stellenplan 2000/2001 als Anlage 2 des Haushaltsplanes unter Berücksichtigung der in dieser Drucksache enthaltenen Stellenübersichten für die Geschäftsbereiche Soziales & Kultur zu beschließen.

Einstimmigkeit

12.3 Neubau einer Tageseinrichtung für Kinder; Ausbau eines Jugendan der Carl-Schurz-Straße **Drs.-Nr. 6577/99 (Ergänzung)**

Keine Wortmeldung!

Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Der Beschluss des Rates der Stadt vom 14.02.00 zum Ankauf einer neu zu errichtenden Tageseinrichtung für Kinder an der Carl-Schurz-Straße einschl. Ausbau eines Teiles des Gebäudes für einen Jugendtreff mit Gesamtbaukosten von 3.800.000 DM wird - vorbehaltlich der Bewilligung von Landesmitteln - zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.4 Jahresbericht 1999

Drs.-Nr. 6514/00

Der Jahresbericht der Geschäftsbereiche Soziales & Kultur konnte erst vor der Sitzung ausgelegt werden. Die Beratung erfolgt deshalb erst in der kommenden Sitzung.

12.5 Kennzahlenvergleich in der Hilfe zum Lebensunterhalt unter Begleitung der Unternehmensberatung Kienbaum (Kienbaumvergleichsring)

Drs.-Nr. 6036/00

Herr Mucke zeigt sich zufrieden. Wuppertal liege im Mittelfeld. Entgegen anderslautenden Behauptungen stehe Wuppertal nicht schlechter als andere Städte da.

Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 07.03.00

Der Endbericht 1998 der Kennzahlen in der Hilfe zum Lebensunterhalt wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit

12.6 Kennzahlen der Sozialhilfe

Drs.-Nr. 6019/00

Eckdaten der Hilfe zum Lebensunterhalt (Jahres- u. Gesamtbericht 1999)

Herr Lenz empfiehlt, die Vorlage intensiv zu lesen. Ende 1999 müssten mehr als 8.200 Kinder und Jugendliche von Sozialhilfeleistungen leben. Gegenüber Ende 1998 sei die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Kinder und Jugendlichen um mehr als 400 zurückgegangen. Trotzdem handle es sich weiterhin um eine problematisch hohe Zahl. Kinder und Jugendliche machten fast 40 % aller auf Sozialhilfe angewiesenen Personen aus. Dieser hohe Prozentsatz hänge eng mit der steigenden Zahl Alleinerziehender zusammen.

13.

Wünsche und Anregungen

13.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung von Spielpunkten in den Innenstadtbereichen von Elberfeld und Barmen

Drs.-Nr. 6029/00

Herr Krieg berichtet, dass sich die Bezirksvertretung Elberfeld in ihrer nächsten Sitzung mit der Umgestaltung des Karlsplatzes befassen wird. Weitere Standorte für Spielpunkte könnten zurzeit noch nicht genannt werden.

Frau Bill regt an, den Beschluss aus dem vergangenen Jahr noch einmal zu bekräftigen und die Verwaltung zu beauftragen, bis zur parlamentarischen Sommerpause konkrete Vorschläge für die Einrichtung von Spielpunkten vorzulegen. Sie hegt den Verdacht, dass der für Stadtentwicklung und Bauen zuständige Geschäftsbereich notwendige Verwaltungsentscheidungen verschleppt.

Herr Mucke verweist in diesem Zusammenhang auf das 1996 auch für die Ausschüsse eingeführte Auftragsmanagementsystem hin. Danach sei die Verwaltung verpflichtet gewesen, laufend über die Umsetzung des am 25.05.99 erteilten Auftrages zu berichten.

Der **Vorsitzende** erwartet von der Verwaltung für die kommende Sitzung einen Sachstandsbericht.

II. Nichtöffentlicher Teil

Kein Tagesordnungspunkt!

Kühme
Vorsitzender

Mucke
Stadtverordneter

Lenz
Ressortleiter

Korte
Schriftführer